

BS
C/O OLIVER BROSCART
VORSITZENDER BS
HARDENBURGSTRASSE 41
67117 LIMBURGERHOF
(EMAIL: VORSTAND@BS-BAWUE.DE)

An die Fraktionen von
Bündnis 90/ Die Grünen,
SPD und FDP/DVP
des baden-württembergischen Landtags

Limburgerhof, 19.11.2020

Stellungnahme des BS zur Beantwortung der Wahlprüfsteine durch Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und FDP/DVP im Vorfeld der Landtagswahl 2021

Sehr geehrte Frau Giannadaki,
sehr geehrter Herr Stoch,
sehr geehrter Herr Packebusch

der *Berufsverband für Studien- und Laufbahnberatung, Orientierung und Information an Hochschulen in Baden-Württemberg e. V. (BS)* dankt an dieser Stelle ausdrücklich für die Beantwortung der Wahlprüfsteine.

Am 1. Mai 1973 begann der Modellversuch "Studienberatungssystem für eine Gesamthochschulregion Karlsruhe/Pforzheim", der Auftakt zur Einrichtung von Studienberatungsstellen in Baden-Württemberg war.

Beinahe 50 Jahre später gestaltet sich die Situation der Zentralen Studienberatungsstellen im Land wie folgt:

1. Von den fast 60 staatlichen Hochschulen¹ verfügen 20 Hochschulen über keine Studienberatungsstelle. Dies betrifft nicht nur Kunst- und Musikhochschulen, sondern auch mehrere Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und eine Universität.
2. Von den etwa 130 in den Studienberatungsstellen tätigen Personen, die dem akademischen Bereich zugeordnet sind, werden rund 30 Personen unterhalb der

¹ Die Standorte der DHBW werden in der Berechnung als einzelne Standorte berücksichtigt.

üblichen Eingruppierung (E 13) beschäftigt. Hierbei weisen alle Personen eine vergleichbare Qualifikation (Masterniveau) auf und leisten vergleichbare Arbeit. Grundlage der Eingruppierung nach E 13 sind Empfehlungen der WRK/HRK von 1976/1981 und eingeschränkt auch von 1994 (danach gab es keine Empfehlungen mehr).

3. Wie Sie teilweise richtig bemerkt haben, sind viele Kolleginnen und Kollegen befristet in Projekten beschäftigt, auch wenn hier nun durch Maßnahmen der derzeitigen Regierung ab 2021 einige Dauerstellen geschaffen werden können.
4. Durch von der Politik unterstützte Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit steht zu befürchten, dass Doppelstrukturen in der akademischen Beratung geschaffen werden. Der Berufsverband hat zum Projekt „Lebensbegleitende Berufsberatung“ eine Stellungnahme verfasst, die wir Ihnen gesondert zukommen lassen.

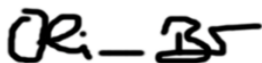
Selbstverständlich sehen wir, dass in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich Studienberatung an Hochschulen viel getan und erreicht wurde, etwa durch das Fortbildungsprogramm „Exzellente Beratung an exzellenten Hochschulen (EBeH)“.

Gerade aber durch die seit 2005 fehlende rechtliche Absicherung im Landeshochschulgesetz ist Studienberatung – und hier besonders die Eingruppierung der BeraterInnen – etwas, was mehr denn je von der Priorisierung der jeweiligen Hochschulleitungen abhängt. Damit stößt der unentwegte Ruf nach Autonomie der Hochschulen an seine Grenzen.

Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn die Parteien die genannten Aspekte in ihren hochschulpolitischen Aussagen und Planungen berücksichtigen könnten.

Dabei stehen wir jederzeit für den gemeinsamen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Broschart
Vorsitzender